

Thüringer Ministerium für Digitales und Infrastruktur

Informationspflichten

Artikel 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung

Erfurt, den 25. Februar 2025

Allgemeine Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) im Thüringer Ministerium für Digitales und Infrastruktur

– Meldungen an die interne Meldestelle nach dem Hinweisgeberschutzgesetz –

Nachfolgend möchten wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte informieren. Wir weisen darauf hin, dass die Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und das Thüringer Datenschutzgesetz (ThürDSG) die maßgeblichen Rechtsgrundlagen sind.

Inhaltsverzeichnis:

1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen können Sie sich wenden?	3
2. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?	4
3. Welche Kategorien personenbezogener Daten verarbeiten wir?	4
3.1. bezüglich der hinweisgebenden Person	5
3.2. bezüglich Personen, die Gegenstand einer Meldung sind, sowie sonstige Personen, die von einer Meldung betroffen sind, zum Beispiel weitere Personen, die im Zusammenhang mit einem Hinweis genannt werden, Zeugen	5
4. Wo werden die Daten gespeichert?	5
5. Woher kommen Ihre Daten?	6
6. Wer bekommt Ihre Daten?	6
6.1. bezüglich der hinweisgebenden Person	6
6.2. bezüglich Personen, die Gegenstand einer Meldung sind, sowie sonstige Personen, die von einer Meldung betroffen sind	6
7. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?	7
8. Welche Datenschutzrechte haben Sie?	7
8.1. Recht auf Auskunft	7
8.2. Recht auf Berichtigung	8
8.3. Recht auf Löschung	8
8.4. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung und gegebenenfalls Recht auf Widerspruch	8
8.5. Recht auf Widerruf der erteilten Einwilligung	9
8.6. Recht auf Datenübertragbarkeit	9
8.7. Recht auf Beschwerde	9
9. Besteht eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?	9
10. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungshilfe im Einzelfall?	9
11. Inwieweit werden Ihre Daten für die Profilbildung benutzt?	9

1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen können Sie sich wenden?

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:

Thüringer Ministerium für Digitales und Infrastruktur (TMDI)

vertreten durch den Staatssekretär (Amtschef)

Werner-Seelenbinder-Straße 8

99096 Erfurt

E-Mail: poststelle@tmdi.thueringen.de

Telefon: +49 (0) 361 57 411 1000

Fax: +49 (0) 361 57 411 1199

Fachlicher Ansprechpartner:

Sind die mit den Aufgaben der internen Meldestelle beauftragten Personen.

Thüringer Ministerium für Digitales und Infrastruktur (TMDI) – Interne Meldestelle –

Werner-Seelenbinder-Straße 8

99096 Erfurt

E-Mail: interne.Meldestelle@tmdi.thueringen.de

Telefon: +49 (0) 361 57 411 1155

Name und Kontaktdaten des Auftragsverarbeiters für das Dokumentenmanagementsystem VIS und die zentrale Groupware- und E-Mail-Transport-Server-Software MS-Exchange:

Thüringer Landesrechenzentrum (TLRZ)

Ludwig-Erhard-Ring 8

99099 Erfurt

Telefon: +49 (0) 361 57 3635800

E-Mail: poststelle@tlrz.thueringen.de

Name und Kontaktdaten eines oder mehrerer gemeinsam Verantwortlicher:

Für den Einsatz und die Nutzung der zentralen Groupware- und E-Mail-Transport-Server-Software MS-Exchange sind das TMDI, das TLRZ und alle dieses Verfahren einsetzenden Landesbehörden und Einrichtungen gemeinsam Verantwortliche.

Thüringer Landesrechenzentrum (TLRZ)

Ludwig-Erhard-Ring 8

99099 Erfurt

E-Mail: poststelle@tlrz.thueringen.de

Telefon: +49 (0) 361 57 3635800

Fax: +49 (0) 361 57 3635848

Zuständige Datenschutz-Aufsichtsbehörde:

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Häßlerstraße 8
99096 Erfurt

E-Mail: poststelle@datenschutz.thueringen.de

Telefon: +49 (0) 361 57 3112900

Fax: +49 (0) 361 57 3112904

Sie erreichen unseren Datenschutzbeauftragten:

Thüringer Ministerium für Digitales und Infrastruktur
Datenschutzbeauftragter
Werner-Seelenbinder-Straße 8
99096 Erfurt

E-Mail: datenschutzbeauftragter@tmdi.thueringen.de

Telefon: +49 (0) 361 57 411 1280

2. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten im Einklang mit den Bestimmungen der DS-GVO und dem Thüringer Datenschutzgesetz.

Die interne Meldestelle für den Geschäftsbereich des TMDI verarbeitet Ihre Daten für die Entgegennahme und Bearbeitung von Hinweisen nach dem Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG).

Dies umfasst das Errichten und Betreiben von Meldekanälen (§ 16 HinSchG) sowie die Entgegennahme (§ 1 Absatz 1 HinSchG), die Dokumentation (§ 11 HinSchG), die Prüfung der Stichhaltigkeit von Hinweisen einschließlich der Erteilung von Eingangsbestätigungen und Rückmeldungen und das Führen des weiteren Verfahrens (§ 17 HinSchG) sowie gegebenenfalls das Ergreifen von Folgemaßnahmen (§ 18 HinSchG).

Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung sind Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 Buchstabe c, Buchstabe e, Absatz 2 und 3 Satz 1 Buchstabe b DS-GVO in Verbindung mit §§ 10 sowie 13 bis 24 HinSchG, §§ 11, 12 HinSchG gegebenenfalls in Verbindung mit Artikel 10 DS-GVO. Sofern anonyme Hinweise in der Meldestelle eingehen und von dieser bearbeitet werden, ist Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 Buchstabe c, Buchstabe e, Absatz 2 und 3 Satz 1 Buchstabe b DS-GVO in Verbindung mit §§ 10, 16 Absatz 1 Satz 4 HinSchG zugrunde zu legen. Sollte eine Einwilligung für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erforderlich sein, wird Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 Buchstabe a, Artikel 7 DS-GVO herangezogen.

Gemäß § 10 Satz 2 HinSchG ist die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten im Sinne von Artikel 9 Absatz 1 DS-GVO zulässig, wenn dies zur Erfüllung der Aufgaben der internen Meldestelle erforderlich ist, gegebenenfalls wird für den Fall einer Einwilligung Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe a DS-GVO herangezogen.

3. Welche Kategorien personenbezogener Daten verarbeiten wir?

Bei der Entgegennahme und Bearbeitung von Hinweisen werden voraussichtlich folgende Kategorien Ihrer personenbezogenen Daten verarbeitet:

3.1. bezüglich der hinweisgebenden Person

- Name, Vorname, Geschlecht
- angegebene Kontaktdaten und weitere persönliche und beziehungsweise oder berufliche Informationen, zum Beispiel Adresse, Telefonnummer privat und beziehungsweise oder dienstlich, E-Mail-Adresse privat und beziehungsweise oder dienstlich sowie gegebenenfalls Position und Funktion beim Beschäftigungsgeber oder Dritten
- Angaben zum Sachverhalt, die einen Personenbezug aufweisen, zum Beispiel Ortsangaben, Zeitangaben
- gegebenenfalls besondere Kategorien personenbezogener Daten nach Artikel 9 DS-GVO
- gegebenenfalls personenbezogene Daten über Straftaten nach Artikel 10 DS-GVO
- für den Fall der Selbstanzeige: Angaben zu möglichen Verstößen nach § 2 HinSchG

3.2. bezüglich Personen, die Gegenstand einer Meldung sind, sowie sonstige Personen, die von einer Meldung betroffen sind, zum Beispiel weitere Personen, die im Zusammenhang mit einem Hinweis genannt werden, Zeugen

- Name, Vorname, Geschlecht, gegebenenfalls Geburtsdatum
- Daten zur beruflichen Tätigkeit, zum Beispiel Position und Funktion beim Beschäftigungsgeber
- gegebenenfalls Kontaktdaten
- Dienstbezeichnung, Dienststelle und Organisationseinheit
- Angaben zum Sachverhalt, die einen Personenbezug aufweisen, zum Beispiel Ortsangaben und beziehungsweise oder Zeitangaben
- Unternehmens-, Vereins- oder Einrichtungsdaten
- Bankverbindungen, Vertragsdaten
- gegebenenfalls besondere Kategorien personenbezogener Daten nach Artikel 9 DS-GVO
- gegebenenfalls personenbezogene Daten über Straftaten nach Artikel 10 DS-GVO.

4. Wo werden die Daten gespeichert?

Ausgehend von der von Ihnen gewählten Art des Informationszugangs werden Ihre personenbezogenen Daten wie folgt gespeichert:

- alle postalischen Eingänge in Papierform in einem abgeschlossenen Aktenschrank,
- bei Zuleitung per E-Mail temporär im Dateipfad der IT-Basisanwendungen MS-Exchange (dabei Microsoft Outlook als genutzter E-Mailclient),
- in einer gesonderten Ablage im Dokumentenmanagementsystem VIS,
- für den Fall der Tonaufzeichnung bis zur Protokollierung im Dokumentenmanagementsystem VIS 2.0 auf einem entsprechenden Aufnahmegerät,
- für den Fall der Aufbewahrung als Tonaufzeichnung auf einem entsprechenden Speichermedium oder im Dokumentenmanagementsystem VIS oder
- im Fall eines Anrufs wird Ihre Rufnummer, sofern Sie diese nicht unterdrückt haben, der Zeitpunkt mit Datum und Uhrzeit sowie die Dauer des Anrufs für 30 Tage beim TLRZ gespeichert. Eine Löschung Ihrer Telefonnummer auf den Telefonendgeräten der internen Meldestelle erfolgt unverzüglich nach Beendigung des Gesprächs.

5. Woher kommen Ihre Daten?

Ihre Daten als hinweisgebende Person und gegebenenfalls Daten von Personen, die Gegenstand der Meldung sind, und Daten von sonstigen in Ihrer Meldung benannten Personen nach § 1 Absatz 2 HinSchG erhalten wir von Ihnen. Gegebenenfalls erhalten wir Ihre Daten sowie die Daten weiterer von Ihrer Meldung betroffenen Personen auch durch weitere Stellen, die nach Nummer 6 in die Bearbeitung der Meldung einbezogen werden dürfen. Gegebenenfalls sind auch Ihre Daten und Daten von Personen, die Gegenstand Ihrer Meldung sind, und sonstigen in Ihrer Meldung benannten Personen bereits im TMDI vorhanden.

Die Daten von Personen, die Gegenstand der Meldung sind und Daten von sonstigen in einer Meldung benannten Personen nach § 1 Absatz 2 HinSchG erhalten wir von der hinweisgebenden Person oder sonstigen am Verfahren beteiligten Personen. Auch bei diesen Personengruppen erhalten wir gegebenenfalls durch weitere Stelle, die nach Nummer 6 in die Bearbeitung der Meldung einbezogen werden dürfen. Gegebenenfalls sind auch Daten dieser Personengruppen bereits im TMDI vorhanden.

6. Wer bekommt Ihre Daten?

Gemäß § 8 Absatz 1 HinSchG hat die interne Meldestelle die Vertraulichkeit der Identität der hinweisgebenden Person, der Personen, die Gegenstand einer Meldung sind und der sonstigen in der Meldung benannten Personen zu wahren. Ausnahmen sind in § 9 HinSchG ausdrücklich geregelt und an strenge Voraussetzungen geknüpft.

Im Rahmen der Entgegennahme und Bearbeitung von Hinweisen können, wenn die Voraussetzungen nach § 9 HinSchG vorliegen, Ihre personenbezogenen Daten an folgende Empfänger weitergeleitet werden:

6.1. bezüglich der hinweisgebenden Person

- Strafverfolgungsbehörden: in Strafverfahren auf Verlangen der Strafverfolgungsbehörden
- Verwaltungsbehörden: aufgrund einer Anordnung in einem einer Meldung nachfolgenden Verwaltungsverfahren, einschließlich verwaltungsbehördlicher Bußgeldverfahren
- Gerichte: aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung

6.2. bezüglich Personen, die Gegenstand einer Meldung sind, sowie sonstige Personen, die von einer Meldung betroffen sind

- Strafverfolgungsbehörden: in Strafverfahren auf Verlangen der Strafverfolgungsbehörden
- Verwaltungsbehörden: aufgrund einer Anordnung in einem einer Meldung nachfolgenden Verwaltungsverfahren, einschließlich verwaltungsbehördlicher Bußgeldverfahren
- Gerichte: aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung
- Beschäftigungsgeber: falls dies im Rahmen einer Folgemaßnahme nach § 18 HinSchG notwendig ist, § 9 Absatz 4 Nummer 2 HinSchG
- zuständige Stellen: sofern dies für das Ergreifen von Folgemaßnahmen erforderlich ist, § 9 Absatz 4 Nummer 3 HinSchG

7. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Die Dokumentation wird drei Jahre nach Abschluss des Verfahrens gemäß § 11 Absatz 5 Satz 1 HinSchG gelöscht.

Die Dokumentation kann gemäß § 11 Absatz 5 Satz 2 HinSchG länger aufbewahrt werden, um die Anforderungen nach dem HinSchG oder nach anderen Rechtsvorschriften zu erfüllen, solange dies erforderlich und verhältnismäßig ist. Insbesondere für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke nach dem Thüringer Archivgesetz ist anstelle der Löschung die Weiterverarbeitung von personenbezogenen Daten an das Landesarchiv Thüringen zulässig.

Bei fernmündlichem Kontakt erfolgt eine Löschung Ihrer Telefonnummer auf dem Telefon der internen Meldestelle unverzüglich nach Beendigung des Gesprächs. Beim TLRZ werden Ihre unter Nummer 4 benannten personenbezogenen Anrufrufen maximal 30 Tage gespeichert.

Im Fall einer Tonaufnahme zur Anfertigung eines Protokolls gemäß § 11 Absatz 4 Satz 2 HinSchG wird die Aufnahme nach Fertigstellung des Protokolls gelöscht. Mit Ihrer Einwilligung können dauerhaft abrufbare Tonbandaufzeichnung bis zum Abschluss des Verfahrens gespeichert werden, § 11 Absatz 4 Satz 1 HinSchG.

Im Fall der elektronischen Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten mittels MS-Exchange als Groupware- und E-Mail-Transport-Server-Software erfolgt eine Löschung der E-Mails unmittelbar nach der Übertragung in das Dokumentenmanagementsystem VIS, spätestens jedoch nach einem Jahr. Im Fall der Verarbeitung personenbezogener Daten nach Artikel 9 oder 10 DS-GVO werden diese unverzüglich gelöscht.

8. Welche Datenschutzrechte haben Sie?

Sie haben das Recht auf Auskunft nach Artikel 15 DS-GVO, das Recht auf Berichtigung nach Artikel 16 DS-GVO, das Recht auf Löschung nach Artikel 17 DS-GVO und das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 18 DS-GVO sowie das Recht auf Widerspruch nach Artikel 21 DS-GVO und gegebenenfalls das Recht auf Datenübertragbarkeit nach Artikel 20 DS-GVO. Im Falle einer erteilten Einwilligung für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie nach Artikel 7 Absatz 3 DS-GVO das Recht, Ihre erteilte Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Darüber hinaus besteht ein Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde, Artikel 77 DS-GVO in Verbindung mit § 8 ThürDSG.

8.1. Recht auf Auskunft

Sie haben das Recht, Auskunft darüber zu verlangen, ob personenbezogene Daten zu Ihrer Person verarbeitet und an wen sie übermittelt werden. Um Sie als antragstellende Person eindeutig identifizieren zu können, bitten wir Sie einen schriftlichen Antrag zu stellen. Grundsätzlich ist eine Auskunft nicht kostenpflichtig. Auskunfts- und Informationsbegehren sind in der Regel unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb eines Monats nach Eingang der Anfrage zu bearbeiten. Die Frist kann um zwei Monate verlängert werden, soweit dies unter Berücksichtigung der Komplexität und beziehungsweise oder der Anzahl der Anfragen erforderlich ist. Im Fall einer Fristverlängerung werden wir Sie rechtzeitig informieren.

Um das Vertraulichkeitsgebot nicht zu konterkarieren, ist es allerdings erforderlich, die Ausübung bestimmter datenschutzrechtlicher Auskunfts- und Informationsrechte einzuschränken.

Nach § 20 Absatz 1 Nummer 2 ThürDSG treffen den datenschutzrechtlichen Verantwortlichen nach Nummer 1 keine Informationspflichten, soweit und solange durch ihre Erfüllung Informationen offenbart würden, die ihrem Wesen nach geheim gehalten werden müssen.

Nach § 21 Absatz 1 Nummer 2 ThürDSG kann das Auskunftsrecht beschränkt werden, soweit und solange die personenbezogenen Daten oder die Tatsache ihrer Speicherung wegen einer Rechtsvorschrift oder ihrem Wesen nach, insbesondere wegen der Rechte und Freiheiten einer anderen Person, geheim gehalten werden müssen. Soweit Informationen dem Vertraulichkeitsgebot unterliegen, sind diese nach §§ 20, 21 ThürDSG grundsätzlich geheim zu halten und das Auskunftsrecht muss beschränkt werden.

Derzeit ist eine sichere elektronische Kommunikation außerhalb des Thüringer Landesdatennetzes nicht möglich. Personenbezogene Daten werden deshalb aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht per E-Mail übersandt.

8.2. Recht auf Berichtigung

Sie haben das Recht, die Berichtigung Ihrer Daten unverzüglich zu verlangen, sofern diese unrichtig, unzutreffend beziehungsweise unvollständig sein sollten. Das TMDI ist verpflichtet, unrichtige Daten von sich aus zu korrigieren. Sie sollten aber auch selbst darauf hinweisen, wenn Daten unrichtig oder überholt sind. Dies können Sie uns schriftlich anzeigen.

8.3. Recht auf Löschung

Sie haben das Recht, die Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit Ihre personenbezogenen Daten für die Zwecke, für die sie erhoben und verarbeitet wurden, nicht länger erforderlich sind oder Ihre personenbezogenen Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden. Dies können Sie uns schriftlich anzeigen. Das Recht auf Löschung personenbezogener Daten besteht nicht, soweit die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, zum Beispiel gesetzliche Aufbewahrungspflichten, zur Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben und Interessen nach Unionsrecht und beziehungsweise oder dem Recht der Mitgliedstaaten oder zu Archivierungs- und beziehungsweise oder Forschungszwecken sowie zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist. Vergleichen Sie dazu auch die Ausführungen unter Nummer 7.

8.4. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung und gegebenenfalls Recht auf Widerspruch

Sie haben das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten zu verlangen, soweit Sie die Richtigkeit Ihrer personenbezogenen Daten bestritten haben, die Datenverarbeitung unrechtmäßig erfolgt oder die personenbezogenen Daten nicht mehr zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt werden. Durch die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten beim Verantwortlichen ist eine Bearbeitung Ihrer Meldung gegebenenfalls nicht mehr oder zumindest nicht umfassend möglich.

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten Widerspruch einzulegen, sofern die Datenerhebung aufgrund von Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 Buchstabe e DS-GVO erfolgt ist.

8.5. Recht auf Widerruf der erteilten Einwilligung

Wenn Sie in die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch eine entsprechende Erklärung nach Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 Buchstabe a in Verbindung mit Artikel 7 DS-GVO eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten wird durch diesen nicht berührt.

8.6. Recht auf Datenübertragbarkeit

Sie haben, vorbehaltlich der nachfolgenden Regelungen, das Recht, die Übertragung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu verlangen. Das Recht auf Datenübertragbarkeit beinhaltet das Recht zur Übermittlung dieser Daten an einen anderen Verantwortlichen. Auf Verlangen werden, soweit technisch möglich, Daten daher durch den Verantwortlichen direkt an einen von Ihnen benannten oder noch zu benennenden Verantwortlichen übermittelt. Das Recht auf Datenübertragbarkeit besteht nur für von Ihnen bereitgestellte Daten und setzt voraus, dass die Verarbeitung auf der Grundlage einer Einwilligung und mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird.

8.7. Recht auf Beschwerde

Wenn Sie der Auffassung sind, dass wir bei der Bearbeitung Ihres Anliegens unseren datenschutzrechtlichen Verpflichtungen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind, können Sie bei der zuständigen Datenschutz-Aufsichtsbehörde (siehe Nummer 1) Beschwerde einlegen.

9. Besteht eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Die Bereitstellung personenbezogener Daten ist nicht gesetzlich vorgeschrieben. Die interne Meldestelle bearbeitet grundsätzlich auch anonym eingehende Meldungen. Wenn Sie als hinweisgebende Person die Meldung anonym abgeben, hat die interne Meldestelle für den Fall der Prüfung keine Möglichkeit, Ihnen eine Eingangsbestätigung zukommen zu lassen und Sie bezüglich etwaiger Rückfragen beziehungsweise Mitteilungen unter anderem zu Folgemaßnahmen zu kontaktieren und gegebenenfalls über das Ergebnis der Hinweisprüfung in Kenntnis zu setzen. Im Fall einer Offenlegung können Sie sich sodann nicht darauf berufen, dass keine geeigneten Folgemaßnahmen ergriffen wurden oder, dass Sie keine Rückmeldung über das Ergreifen solcher Folgemaßnahmen erhalten haben.

10. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungshilfe im Einzelfall?

Es findet keine automatisierte Entscheidungsfindung gemäß Artikel 22 DS-GVO statt.

11. Inwieweit werden Ihre Daten für die Profilbildung benutzt?

Eine Verwendung Ihrer Daten zum Zwecke der Profilbildung erfolgt nicht.